

TAGEBLATT
Extrait de l'édition du 19 octobre 2006

Der Wirtschafts- und Sozialrat zur Einwanderungspolitik

„Wir brauchen die Immigranten“

Tom Wenandy

Im Rahmen der geplanten grundlegenden Reform des Ausländergesetzes von 1972 präsentierte der Wirtschafts- und Sozialrat im Beisein des delegierten Außen- und Immigrationsministers Nicolas Schmit gestern ein Gutachten zur aktuellen Immigrationspolitik in Luxemburg.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends befindet sich Luxemburg an einem wichtigen Wendepunkt seiner Geschichte. Projektionen des Statec zufolge wird die Zahl der Bürger ausländischer Herkunft die einheimische Bevölkerung in den Jahren 2020 bis 2030 übersteigen.

Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von drei Prozent und einer Produktivitätswachstumsrate von 1,7 Prozent ab 2030 wird im Jahr 2055 die Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften schätzungsweise bei 580.000 liegen. Aber lediglich 320.000 dieser Stellen werden zu diesem Zeitpunkt von im Großherzogtum ansässigen Arbeitnehmern besetzt werden können.

Da die Grenzregionen Luxemburgs sowie die süd- und osteuropäischen Länder eine vergleichbare demographisch defizitäre Entwicklung kennen, muss die luxemburgische Gesellschaft sich darauf vorbereiten, vermehrt nicht-europäische Immigranten aufnehmen zu müssen. Das Zusammentreffen mit anderen Ethnien, Religionen und Kulturen wird die einheimische Bevölkerung unweigerlich vor große Herausforderungen, nicht nur in den Bereichen Integration und soziale Kohäsion, stellen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) hat dann auch in seinem Gutachten seine Überlegungen auf eine aktive Immigrations- und Integrationspolitik ausgerichtet, welche dieser neuen sozio-demographischen Realität und der Entwicklung der luxemburgischen Gesellschaft hin zu einer Wissensgesellschaft Rechnung trägt.

Hoch qualifizierte Arbeitnehmer

WSR- verwies bei seiner Präsentation auf die Tatsache, dass die Luxemburger Bevölkerung im allgemeinen tolerant gegenüber Immigranten sei, jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine gewisse Reserviertheit und wachsende Ängste zu spüren seien. Es sei daher unerlässlich der Bevölkerung die Wichtigkeit der Immigration näher zu bringen. WSR-Präsident Raymond Hencks erklärte, dass in Zukunft vorwiegend ein Bedarf an hoch qualifizierten Berufen bestehen werde.

Um die gezielte Diversifizierung des Wirtschaftsstandorts Luxemburg voranzutreiben und den momentanen Lebensstandard auf lange Sicht sicherzustellen, müsse auf Einwanderer zurückgegriffen werden.

Um dem Mangel an Arbeitskräften in anderen Berufssegmenten entgegenzuwirken, empfiehlt der WSR, die Zusammenarbeit mit den anderen EU-Mitgliedsländern auszubauen. Mit dem Ziel, die bei der Einstellung von Personen aus Drittländern auftretenden administrativen Hürden zu beseitigen, müsste die geplante Reform unbedingt zu einer Vereinfachung, einer Lockerung und einer Beschleunigung der Prozedur führen. Der WSR fordert daher, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung durch eine einzige Erlaubnis und die bislang vier existierenden Typen von Arbeitsgenehmigungen durch eine befristete und eine unbefristete zu ersetzen.

Über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinaus müsse Luxemburg aber auch ein allgemein günstiges Umfeld (Schule, Transport) für Immigranten schaffen.

Gleichzeitig warnt der WSR aber davor, dass Immigration die strukturellen Defizite Luxemburgs alleine nicht ausgleichen könne. Erstere müsste von Maßnahmen zur Förderung der internen Arbeitspotenziale begleitet werden.

Der delegierte Immigrationsminister Nicolas Schmit verwies ebenfalls auf die Wichtigkeit einer gezielten und ergänzenden Einwanderungspolitik.

Eine besondere Rolle käme in diesem Zusammenhang der Bildung zu.

2Denn die Schule ist der Ort, an dem aus Immigration Integration wird“, so der Minister abschließend.